

/// Krieg als Konstante der Geschichte

DER EWIGE UNFRIEDEN

MARTIN WAGENER /// Kriege gehören zum Erscheinungsbild der internationalen Politik. So war es, und so wird es bleiben. Verantwortlich dafür sind die Natur des Kapitalismus und das Wesen des Menschen.

Es sind harte Zeiten für Idealisten. Die Welt wird einfach nicht friedlicher. Eigentlich hätten der Erste und der Zweite Weltkrieg der Menschheit eine große Lehre sein müssen. Doch bereits kurz nach dem großen Sterben senkte sich in Europa der Eisener Vorhang. Im Kalten Krieg hätte es noch schlimmer kommen können, mehrfach steuerte die Welt auf einen Atomkrieg zu. Mit Geduld und auch Glück konnte er abgewendet werden. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts gab es zunächst berechtigte Hoffnungen auf eine Friedensdividende. Die USA und die Sowjetunion gingen aufeinander zu, die Deutschen erlebten sogar ihre Wiedervereinigung. Doch dann brachen in den 1990er-Jahren gleich mehrere Konflikte auf dem Balkan und im Kaukasus aus, zumin-

dest ein Teil Europas befand sich erneut im Krieg.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 glaubten viele Beobachter, dass die Ära der Großmachtkonflikte vorbei sei. Schließlich gab es einen gemeinsamen Gegner in Form der islamistischen Terrorgruppe Al Qaida. Ihr wurde Zusammenarbeit mit staatlichen Akteuren unterstellt, was zu den Interventionen in Afghanistan und im Irak beitrug. Dadurch kam es erneut zu zwischenstaatlichen Spannungen, u. a. zwischen westlichen und muslimischen Staaten. In Ostasien verschärfte sich in den nächsten Jahren die Machtkonkurrenz zwischen den USA und China. Tokio und Peking betrachten sich mittlerweile sogar ganz offen als militärische Gegner, Nordkorea droht regelmäßig mit Krieg, und in der Taiwanstraße ist die Friedfertigkeit der chinesischen Volksbefreiungsarmee an Bedingungen gebunden.

In jüngster Zeit wurde Europa von einer ganzen Serie von Terroranschlägen erschüttert. Der „Islamische Staat“ beansprucht für die meisten Attentate die Verantwortung. Er trug auch dazu bei, Teile der europäischen Peripherie zu destabili-

DAUERHAFTER Frieden scheint unmöglich.



“Ich wünsche mir den Weltfrieden ...“ – ein hehres Ziel, in der Realität aber leider nicht möglich.

Machtverschiebungen und Destabilisierung BEWIRKEN Unfrieden.

sieren. In Syrien, im Irak und im Jemen liefern sich verschiedene Staaten der Region nicht nur Stellvertreterkriege, sie greifen oftmals auch direkt in das Geschehen ein. Schließlich wurde 2014 in Europa die offene Auseinandersetzung der Großmächte wiederbelebt. Russland besetzte die Krim und zettelte einen militärischen Konflikt in der Ostukraine an. Die NATO beschloss daraufhin 2016, vier Bataillone in das Baltikum und nach Polen zu schicken, um die Handlungsbereitschaft der Allianz zu demonstrieren.

Diese und viele andere Beispiele zeigen, dass es den Staaten ganz offensichtlich sehr schwer fällt, den „ewigen Frieden“ Immanuel Kants zu erreichen. Sie probieren es immer wieder und sind in Einzelfällen, etwa in der Europäischen Union, auch sehr erfolgreich. Vor allem zwischen den Großmächten sowie im substaatlichen Raum erscheint es aber geradezu unmöglich, Stabilität dauerhaft und auf breiter Front abzusichern. Wie lässt sich diese Situation erklären? Ursache der Welt des ewigen Unfriedens sind permanente Machtverschiebungen und Destabilisierungsprozesse, die sich aus der Natur des Kapitalismus und dem Wesen des Menschen ergeben.

Das Gesetz des ungleichen Wachstums

Der Ausbau des bi- und multilateralen Handels gehört zu den wichtigsten The-

men staatlicher Gipfeltreffen. Ein Blick auf die Statistiken zeigt jedoch, dass das globale Wirtschaftswachstum sehr ungleich verteilt ist. Einzelne Volkswirtschaften wachsen stärker, andere langsamer. In der Theorie des Realismus wird dieser Zusammenhang als „Gesetz des ungleichen Wachstums“ eingeordnet. In Friedenszeiten kommt es somit zu Machtverschiebungen, wenn eine Seite über einen längeren Zeitraum bessere Geschäfte macht als ihre Partner. Gemessen werden kann dies zum Beispiel mittels einer Auswertung von Handelsüberschüssen. Dadurch ändert sich die Rangordnung der stärksten Staaten einer Region, was früher oder später zu Instabilitäten führt.

Ist ein Staat wie China schwach, so mag er sicherheitspolitische Ambitionen haben, aber nicht die Mittel, sie auch umzusetzen. Dies galt für das Jahr 1990. China hatte damals einen Anteil von 1,6% am globalen Bruttoinlandsprodukt. Bis 2016 war dieser auf 14,8% angestiegen. China ist mittlerweile nach den USA zur zweitgrößten Wirtschafts- und Militärmacht der Welt geworden. Entsprechend offensiv tritt es deshalb seit einigen Jahren gegenüber Japan, Taiwan oder auch im Südchinesischen Meer auf. Peking kann es sich nun leisten, seine lange Zeit nur deklarierten sicherheitspolitischen Ambitionen umzusetzen.

Der Kapitalismus ist nicht in der Lage, solche langfristigen Folgen des Handelsaustauschs abzufangen. Dies gilt desgleichen für die Soziale Marktwirtschaft im demokratischen Rechtsstaat. Letztendlich wird eine Regierung auch deshalb wiedergewählt, weil es ihr gelungen ist, Menschen in Arbeit und Brot zu bringen. Die Bundesregierung ist daher in normativen Fragen regelmäßig zu Kompromissen bereit. Auch aus diesem Grund konnte China 2016 erst-

mals zum wichtigsten Handelspartner Deutschlands werden. Ohne es aktiv zu wollen, haben somit die Entscheidungsträger in Berlin indirekt daran mitgewirkt, den Aufstieg des Reiches der Mitte zu einer Militärmacht zu ermöglichen. Die Volksrepublik ist nun auch in der unmittelbaren Nähe Deutschlands aktiv. Im Juli 2017 haben Seestreitkräfte Chinas und Russlands ein Militärmanöver in der Ostsee durchgeführt.

Zum Wesen des Menschen wiederum gehört, dass sein primäres Denken in der Regel nicht auf größere Zusammenhänge ausgerichtet ist, sondern auf das eigene Selbst. In den industrialisierten Staaten konzentrieren sich die Einwohner auf die materielle Selbstverwirklichung, wohingegen es in den Entwicklungsländern oftmals um das pure Überleben geht. Eine für die Erde erträgliche Fertilitätsrate, die in globaler Hinsicht Zu- und Abnahmen von Bevölkerungswachstum ausgleichen könnte, ist daher nicht möglich. In solchen Kategorien denken die meisten Menschen nicht in ihrem Alltag, mit fatalen Folgen.

Das menschliche Denken ist in erster Linie auf das SELBST ausgerichtet.

Das Wesen des Menschen

Die Überbevölkerung in Afrika trägt maßgeblich zur fragilen Staatlichkeit bei. Diese wiederum begünstigt sowohl die Entstehung terroristischer Strukturen als auch die Migration der Hoff-

nungslosen in den industrialisierten Norden. Das demographische Wachstum ist somit nicht nur ein starker Konflikttreiber vor allem substaatlicher Auseinandersetzungen, sondern auch der afrikanischen Wanderungsbewegungen Richtung Mitteleuropa. Die Dynamik in diesem Bereich ist erheblich. Der Verfasser wurde 1970 geboren. Seit jenem Jahr hat sich die Weltbevölkerung mehr als verdoppelt – auf heute über 7,6 Milliarden Menschen.

Zum Wesen des Menschen gehören zudem Lernfähigkeit, Kreativität und Innovationsfreude. Ohne Erfindungen wäre es weder zur Industrialisierung noch zur Ära der Digitalisierung und Globalisierung gekommen. Wie so oft haben Entwicklungen zwei Seiten. Der Erfindungsgeist des Menschen endete nicht im zivilen Sektor, sondern er wurde auch für die staatliche Rüstungsindustrie nutzbar gemacht. Die Kriege der Moderne wären ohne die Schaffung schlagkräftigen Kriegsgeräts nicht denkbar gewesen. So trägt der kreative Mensch dazu bei, dass sich Staaten jener Mittel bemächtigen können, die ihnen helfen, machtpolitische Ambitionen umzusetzen.

In der Gegenwart orientieren sich demokratische wie autoritäre Systeme an den Mechanismen des Kapitalismus. Sie denken kurzfristig im Sinne des nationalen Interesses, nicht langfristig mit Blick auf die Folgen ihrer Entscheidungen für regionale wie globale Machtverschiebungen. Auch der Mensch ist nicht in der Lage, die Konsequenzen seines Handelns jenseits des persönlichen Nahbereichs zu erfassen. Natürlich verfügt er über die Charaktereigenschaften der Empathie, der Moral und der Selbstlosigkeit. Der Mensch hat aber auch eine selbstzerstörerische Ader, gerade weil er sie selbst gar nicht bemerkt, sondern die

Ergebnisse seines Handelns oft erst additiv im Kollektiv negativ wirken. Als Beleg für solche Entwicklungen können nicht nur die Zerstörung der Umwelt und des Klimas genannt werden.

Aus dieser Bewertung ist zunächst einmal der Schluss zu ziehen, dass die vorhandenen Formen von Frieden und Stabilität immer wieder neu errungen werden müssen. Die internationale Politik befindet sich stetig im Fluss, selbst in Friedenszeiten formieren sich Kräfte, die früher oder später fähig sind, die nächste Phase der Instabilität einzuleiten. Die europäischen Regierungen sollten daraus den Schluss ziehen, dass ruhige Jahre nicht per se auch auf eine langfristig stabile Lage hinweisen.

Folgen für Deutschland

Will Deutschland in der Welt des ewigen Unfriedens bestehen, muss es als Staat stark bleiben. Die Aufrüstung der Bundeswehr ist aus dieser Sicht mehr als angemessen. Nur eine starke Polizei wird im Innern den Bestrebungen des Terrorismus entgegenwirken können. Und selbstverständlich wird Deutschland dauerhaft auch handlungsfähige Nachrichtendienste benötigen, die der Regierung ein unabhängiges Lagebild ermöglichen. Nur der starke, gesellschaftlich stabile Staat wird zudem über die Fähigkeit verfügen, internationale Krisen zu entschärfen und Entwicklungshilfe zu leisten.

Dies alles zu erreichen, ist nicht einfach. Es setzt voraus, dass die Deutschen einen nüchternen Blick für internationale Sicherheitsfragen entwickeln. Bei der Analyse muss zwischen dem Ist-Zustand und dem Soll-Zustand unterschieden werden. Gesinnungsethik mag beim Wähler ankommen, führt diesen in sicherheitspolitischen Fragen aber

Deutschland muss als Staat **STARK bleiben, um im Unfrieden bestehen zu können.**

auch oft in die Irre. Und ob wir es wollen oder nicht: Staaten verfolgen nationale Interessen, die in jeder Lagebewertung berücksichtigt werden müssen. Die Politik Russlands in Osteuropa und in Syrien mögen Beobachter verurteilen. Moskau folgt dabei aber einem klaren, sehr durchdachten Interessenkalkül. Es wäre naiv, dies zu ignorieren.

Die Welt des ewigen Unfriedens ist für Idealisten gewöhnungsbedürftig. Denn sie bedeutet, dass nicht alle Konflikte kontrollierbar sind, und der Westen wird auch nicht jedem bedürftigen Menschen helfen können. Wer diese Einschätzung für zynisch hält, muss nur einen Blick in die Geschichte werfen. Es war schon immer so. Problematisch wird es für Deutschland erst dann, wenn es seine Politik an den Realitäten vorbei ausrichtet. ///



/// PROF. DR. MARTIN WAGENER

ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Politik an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl und Haar.